

# Dringlichkeitsantrag 1

zum Plenum als Nr. 1

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

## **Neustart für die Energiewende in Bayern – Landtag fordert Bericht von Staatsminister Hubert Aiwanger zur Gestaltung der Energiewende in den kommenden fünf Jahren**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag vertritt die Auffassung, dass die erfolgreiche Gestaltung der Energiewende eine der größten Herausforderungen der neuen Legislaturperiode ist. Der Landtag stellt mit Sorge fest, dass in den vergangenen Jahren die Energiewende in Bayern nur schleppend vorangetrieben wurde und deren Umsetzung in den kommenden fünf Jahren nun unter erhöhtem Zeitdruck vollzogen werden muss.

Der Landtag fordert den zuständigen Staatsminister für Energie, Hubert Aiwanger, auf, dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung noch vor Ende des Jahres über die Konkretisierung der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Vorhaben Bericht zu erstatten. Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- **Windkraft** : Mit welchen konkreten Maßnahmen soll die Errichtung der angekündigten 1.000 neue Windkraftanlagen bis 2030 im Freistaat befördert werden? Welche Zwischenziele werden bis 2030 definiert? In welchem Verhältnis veranschlagt die Staatsregierung das Potenzial zwischen Staatsforsten, Industriestandorten und Privatwäldern?
- **Photovoltaik** : Wie groß wird das PV-Potenzial auf staatlichen Gebäuden insgesamt geschätzt und wie viel wird derzeit bereits genutzt? Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, damit das Restpotenzial bereits in einem Jahr ausgeschöpft werden kann (laut Koalitionsvertrag bis 2025)? Mit welchen konkreten Maßnahmen sollen der PV-Ausbau in den Bereichen Landwirtschaft, Moor- und Wasserflächen und entlang von Verkehrsflächen befördert werden?
- **Geothermie**: Mit welchen Maßnahmen wird der Freistaat Bayern den Ausbau der Geothermie unterstützen, um das selbsterklärte Ziel bis 2050 25 Prozent des bayerischen

---

VorAn - Dokument - ID: 168910 eingereicht von Stapfer, Jacqueline am 29.11.2023 - 15:54

SPD Status: eingereicht seit 29.11.2023 - 15:54

Ersterfasser: Elke Nußbaum

1

Wärmebedarfs über Geothermie decken zu können? Wird die Staatsregierung ein Bürgerschaftsprogramm für Kommunen aufsetzen? Wie viel Mittel werden für den Ausbau der Geothermie voraussichtlich in den Haushaltsentwurf eingeplant?

- **Energiespeicher:** Mit welchen Maßnahmen will die Staatsregierung den Ausbau von Speichern in Bayern konkret befördern?

### **Begründung:**

Die Energiewende ist eines der wichtigsten Großprojekte für Bayerns Wirtschaft und die Menschen, die im Freistaat leben. Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit unserer künftigen Energieversorgung hängen davon ab, ob wir den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen erfolgreich gestalten. Bisher wurden wichtige Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Windkraftausbau und Erschließung der Geothermie verschleppt. So liegt Bayern als größtes Flächenland bei der Anzahl von Windkraftanlagen lediglich auf Platz 8 (2020 mit rund 1.140 Windkraftanlagen), während das sehr viel kleinere Brandenburg mit knapp 4.000 Anlagen auf Platz 2 liegt. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Zubau. Dort stand Bayern auf Platz 10 im Ländervergleich (14 neue WKA), Brandenburg mit 91 neuen WKA auf Platz 3. Auch bei der Geothermie gehen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Die tiefe Geothermie, die insbesondere im Großraum München und im Südosten im Einsatz ist, deckt derzeit circa 0,5 Prozent des gesamt-bayerischen Wärmebedarfs ab.

Der Koalitionsvertrag von Freien Wählern und CSU enthält viele Ziele. Jedoch: Weder sind diese neu, noch werden in wichtigen Bereichen konkrete und ausreichende Maßnahmen skizziert, wie diese erreicht werden sollen. Die Staatsregierung hält am Ziel Klimaneutralität bis 2040 fest. Das Ziel ist richtig. Die Herausforderung besteht allerdings darin, die Maßnahmen auf dieses Ziel auszurichten.